

Die Leipziger Zeitung für die Provinz Sachsen und für Anhalt und Thüringen

In 1933 Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 218

Nr. 178 a

Table with 3 columns: Belegpreis, Halle-Saale, Anzeigenpreis. Includes details about subscription rates and advertising prices.

Die Räumung des Ruhrgebiets vollzogen Mit Ausnahme der Sanktionsstädte

Essen, 31. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Die letzten französischen Truppen haben heute nachmittag mit klingendem Spiel das Ruhrgebiet verlassen und sind in der Richtung Candau und Gernersheim (Pfalz) verladen worden.

Die Freude der Bevölkerung

Essen, 31. Juli.

Die Befreiung des am 13. Januar 1923 in Besitz genommenen Ruhrgebiets fand mit dem heutigen Tage ihr Ende. Die Franzosen haben davon abgesehen, Kontrollposten zurückzulassen. Der kommandierende General hat gestern nachmittag Aufschlüsselung angeordnet und am Freitag begann der Abtransport der letzten Truppen in Richtung Candau und Gernersheim.

Wohlfeils alle Herren und Damen der Presse, die für den deutschen Gedanken gearbeitet und gelitten haben, dafür die Hand zu drücken. Unsere Presse hat während des Ruhrkampfes in der ersten Kampfreihe gehalten und vielfach mehr als ihre Pflicht getan.

Essen frei!

Essen, 31. Juli.

Als heute morgen die Stadt Essen zu einem neuen Tagewort erwachte, wachte sie, daß die langen zwei und einhalb Jahre der Besetzung durch fremde Truppen vorbei war: vor der alten Stadtkommandantur, dem Sitz des französischen Blaufommandanten, hing eine Trikolore mehr. Und in großen und kleinen Truppen, bataillonsweise und regimentenweise, marschierte die französische Infanterie durch die Straßen zur Stadt hinaus.

Bei es doch sicher, daß Briand im August nach London gehen werde. Die französischen und englischen Anträge über den Sicherheitspakt hätten sich jetzt soweit genähert, daß es möglich sein könnte, mit direkten Verhandlungen in Deutschland im September zu beginnen.

Zu diesen Pariser Berichten über einen bevorstehenden Besuch Briands in London weiß der diplomatische Korrespondent des 'Daily Telegraph' zu berichten, daß das englische Kabinett mit Briand noch nicht in die Verhandlungen über einen solchen Besuch Briands vor Ablehnung der französischen Note an Deutschland, die in der zweiten Hälfte des August vor sich gehen sollte, erlassen habe.

Drohender Eisenbahnerstreik im Saargebiet

Berlin, 31. Juli.

Bei der Saarbrücker Zeitung, welche bei der Besetzungsausschüsse die Verhandlungen der Eisenbahner abgelehnt. Eine Verhinderung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat daher Befürchtungen, den Bahnarbeitern den Streik zu empfehlen.

„Mittelalter in Polen“

Berlin, 31. Juli.

Man meldet aus Rom: Unter der Überschrift „Mittelalter in Polen“ wendet sich 'Popolo' gegen die von den Polen gegen Deutschland getroffenen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen. Das Blatt bezeichnet besonders die Ausweisung der polnischen Ökonomen aus Polen als unerschöpflich und verächtlich und behauptet, daß sich Europa noch immer der polenfreundlichen Mentalität gegenüber solchen angeblichen Weltanschauungen und gegenüber der Argomanie des polnischen Imperialismus gleichgültig verhält.

Polnische Lügen

Berlin, 31. Juli.

Die polnische Propaganda in der Schweiz unterdrückt der deutschen Presse die Behauptung, daß die deutsche Regierung die deutschen Ökonomen in Polen aufgefodert habe, den Ausweisungsanordnungen der polnischen Behörden nicht nachzukommen.

Antikliches Material an unrecther Stelle

Berlin, 30. Juli.

Nach vor einigen Tagen waren wir in der Lage, darauf hinzuweisen, daß der 'Vorwärts' in seiner Heftige gegen unbedingte Veröffentlichung amtlicher Dokumente selbst amtliche Dokumente benutzte. Gestern ist der peinliche Einbruch dadurch beseitigt worden, daß außer dem 'Vorwärts' auch eine Westlicher Korrespondenz in der Lage war, genaue Angaben über die Vernehmung der zwei Justizbeamten zu machen.

Es ist merkwürdig still geworden und noch heute vermissen wir die Verfolgung des Disziplinärverfahrens gegen Gelpert und Einleitung des Strafverfahrens gegen beide Beamte. Man schweigt sich vollständig darüber aus.

Die Einigung im englischen Kohlenbergbau

London, 31. Juli.

Die Regierung wird bis zum gleichen Zeitpunkt den Bergbau in einer noch zu vereinbarenden Form finanziell unterstützen. Die Bergarbeiter finden mit der Weisheit der bisherigen Abgabe einverstanden. Die Grubenbesitzer schieben den Ausperrungsbeschluß um 14 Tage hinaus, damit in der Zwischenzeit ein Abkommen auf der Grundlage der Regierungs-Vorschläge getroffen werden kann.

Nachträglich wird bekannt, daß das Kabinett, entgegen den Erwartungen und Hoffnungen, die Anfangs im Herbst am Dienstagabend im Prinzip beschlossen hatte, den Kohlenbergbau durch Regierungsmittel zu stützen und eine Krise, die die gesamte Industrie auf Schwere treffen würde, zu verhindern. Die Forderung der Grubenbesitzer, die Grubenbesitzer und Grubenarbeiter von dem Beschluß Kenntnis erteilen und daß die Vereinbarung des Kabinetts gegen dessen Willen beide Parteien in ihrem Widerstand bekräftigt.

Briands Londoner Reise

London, 31. Juli.

Der Pariser Botschaftsleiter der 'Times' berichtet, obgleich noch nichts endgültig zwischen Paris und London getroffen sei, so

Der Dank des Oberpräsidenten an die Presse

Münster, 31. Juli.

Oberpräsident Gronowski hat an die Verbands der Presse und Schriftleiter der Zeitungen des geräumten Gebietes folgendes Dankschreiben gerichtet: Während des Ruhrkampfes hat fast ausnahmslos die Presse des westfälischen Industriegebietes mit Mut und Hingabe beharrlich für die Wiederbefreiung des Ruhrgebiets gekämpft.

Die Grundlagen der vorläufigen Einigung

London, 31. Juli.

Die Grundlagen der vorläufigen Einigung zwischen den Bergarbeitern und Grubenbesitzern sind wie folgt:

- 1. Die Regierung wird bis zum gleichen Zeitpunkt den Bergbau in einer noch zu vereinbarenden Form finanziell unterstützen.
2. Die Bergarbeiter finden mit der Weisheit der bisherigen Abgabe einverstanden.
3. Die Grubenbesitzer schieben den Ausperrungsbeschluß um 14 Tage hinaus...

Die Grundlagen der vorläufigen Einigung

London, 31. Juli.

Die Grundlagen der vorläufigen Einigung zwischen den Bergarbeitern und Grubenbesitzern sind wie folgt: 1. Die Regierung wird bis zum gleichen Zeitpunkt den Bergbau in einer noch zu vereinbarenden Form finanziell unterstützen.

Vertical text on the left margin: Auftr., Herr, Schlaf, Morgen-Ausgabe, Belegpreis, Halle-Saale, Anzeigenpreis, Essen, 31. Juli, Die Räumung des Ruhrgebiets vollzogen, Mit Ausnahme der Sanktionsstädte, Die Freude der Bevölkerung, Essen frei!, Die Einigung im englischen Kohlenbergbau, Der Dank des Oberpräsidenten an die Presse, Die Grundlagen der vorläufigen Einigung, Briands Londoner Reise.

Der Reichstag für Verlängerung des Notetats

Die ewigen Zwischenfälle

Berlin, 31. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die trotz der latenten Erregung außerordentlich monotone Reichstagsführung wurde heute Nachmittag wieder einmal durch einen Zwischenfall unterbrochen. Der Kommunistischer Abgeordneter, Herr Zöfel, hat die Deutschnationale Partei zur Beurteilung der deutschen Antimotone an einem herausgehoben hat. Wer weiß, woher er sie sich verschafft hat. Natürlich werden sie mit großem Gekoch von den linksparlamentarischen Parteien aufgenommen, die nur dadurch, dass Herr Zöfel in der Redezeit von nur 10 Minuten keine Gelegenheit hat, das Schriftstück in seiner Behauptung zu bekräftigen. Man hat den Eindruck, als ob die Kommunistische Partei die sozialdemokratische Sache sehr verdient gemacht hat. Leider erinnerte Herr Zöfel, der sich gleich zur Verteidigung erhebt, die Gemüter sehr schnell wieder. Dann mit Recht kann er sagen, daß Herr Zöfel diese Rede nicht erst herstellen zu lassen brauche, weil sie in der Rede des Grafen Helffart ja Punkt für Punkt enthalten waren. Wo ist es wieder einmal nichts mit dem Gerede.

Der Reichstag wird aber nunmehr ein Ton ein, der die Ordnung stiftet. Herr Zöfel läßt. Trotzdem die zweite Sitzung des Reichstags auf der Tagesordnung steht, spricht der Kommunistischer Abgeordneter über den Antimotone, wobei nur noch von bestimmten Deutschnationalen die Rede ist. Das gibt Veranlassung zu einer erregten Szene, bei der fast alle Reichstagsmitglieder zugegen sind. Die Debatte außerordentlich stark zurückzuführen. Es ist schließlich, auf welcher Seite die Schuld an dieser unwürdigen Szene liegt.

Der Verlauf der Reichstagsführung

Berlin, 31. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten. Der Eintritt in die Tagesordnung kommt durch die Rede von Herrn Helffart am Donnerstagabend. Er bezieht sich auf die Reichstagspartei und die Opposition. (Lachen rechts.) Viele Abgeordnete bedrängen bereits vor Herbeiführung zusammen. Der Redner bekommt trotz Anwesenheit der Sitzung, bis das Haus beschließt, nicht zu reden.

Präsident Lohse stellt für diesen Antrag die Interpellationsfrage. Dabei erheben sich nur die anwesenden 10 Kommunisten. Der Antrag ist damit hinfällig. (Große Heiterkeit bei den Regierungsmitgliedern.)

Es wird darauf in die Tagesordnung eingetreten und zwar in die zweite Sitzung des Reichstags.

Der bis zum 30. November verlängert werden soll. Der Finanzminister wird zugleich ermächtigt, der Mindestzahl der auszuweisenden Wohnungsgewerkschaften nötigenfalls auf 100 Prozent hinaufzusetzen.

Herr Zöfel (Soz.) beantragt den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist. Er erklärt die Minister, viel sozialer Verhältnis geseht. Es wäre auch mit viel lieber, wenn die Beamtenwünsche Rechnung tragen könnte. Wir verstehen nicht die Forderung der Beamten, daß die Einkünfte, die die Beamten bestimmen können, nicht zu erhöhen sind. Wir müssen auch Rücksicht nehmen auf die finanzielle Situation der Länder und die Beamten, die eine vom Reich eingeleitete allgemeine Gehaltserhöhung des Reichsdienstes vertritt keine Mehrbelastung.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind. Wir müssen auch Rücksicht nehmen auf die finanzielle Situation der Länder und die Beamten, die eine vom Reich eingeleitete allgemeine Gehaltserhöhung des Reichsdienstes vertritt keine Mehrbelastung.

Der Reichsdienst vertritt keine Mehrbelastung. Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

Die Mehrbelastung kann dem Reich nicht möglich sein, wenn die Einkünfte der Beamten nicht zu erhöhen sind.

gar nicht mitmachen können. Mit großer Freude erfüllt und die schwierige Lage der Reichsbahn. Wir würden dort bei der Gewährung von Zuschüssen die

Gefahr einer weiteren Tarifserhöhung

herauszufinden, die wiederum der Wirtschaft schweren Schaden zufügen würde. Wenn wir aber die Wirtschaft nicht wieder stabilisieren können, dann heißt es „Jahres Ultimatum“. Der Minister schlägt mit der Erklärung, daß im August die Steuer, und zwar zu seinem eigenen Behalten, eine Gehaltserhöhung nicht möglich sei. Er hoffe aber, daß die Verhältnisse sich zu entspannen, daß in den Ländern und Gemeinden in nicht zu fernem Zeit die Lage der Beamten durch die Gehaltserhöhung verbessert werden kann. Ich weiß, so fühlte der Minister seine Rede ab, wie schwer die Lage der Beamten ist. Im Interesse der Ausgleichung des Staates müssen aber die Beamten noch einige Zeit ausbleiben. Sie müßten einsehen, daß es jetzt vor allem die erste Aufgabe der Regierung ist, wieder eine schmerzhaft mühselige Staatswirtschaft einzuführen. (Beifall.)

Zu einem Zwischenfall kommt es, als der Abgeordnete Herr (Soz.) einigen Abgeordneten der Regierungspartei anruft, sie seien zur Abstimmungsmaßnahme und geben sich nur ab. Die Abgeordneten des Reichstags verweigern sich. Es entfällt der Vorwettbewerb zwischen Abgeordneten der Rechten und Kommunisten, wobei letztere mehrfach die größten Beleidigungen ausließen. Sie rufen den anderen Parteien zu: „Saumbube! Seize Dache!“

Herr (Soz.) bedauert die Zeit nachgehenden sechs Ordnungszusätze.

Herr Graf Reventlow (Soz.) schließt sich in der Beamtensatzungsfrage dem sozialistischen Abgeordneten an. (Lachen rechts.) Im übrigen kritisiert er scharf das Verhältnis einiger sozialistischer Führer zu Barmer.

Herr (Soz.) geht darauf in große Erregung, springt von seinem Platz auf, schlägt mit der Faust auf den Tisch und nennt die Beamten einen unheimlichen Schwindler, worauf er zur Ordnung gerufen wird. Da der Redner in seiner Kritik fortfährt, wiederholt sich dieses Zwischenfall noch einmal.

Herr (Soz.) bemerkt sich dann der auswärtigen Politik zu und bezieht einen Antrag seiner Fraktion. Der Reichstag soll die deutsche Reichsregierung ersuchen, daß sie die Sorge zu tragen, daß in der parlamentarischen Zeit der Außenminister alle Verhandlungen wegen des Eisenbahnpaßes und des Verkehrs mit der Zustimmung des Reichstages und des Reichsausschusses für den Verkehr mit der Reichsregierung, das Deutsche Reich durch sich nicht zum Einmarsch des fremden Willens machen. (Beifall.) Er betont, eine Ermäßigung zu einem neuen Staate, der bereit ist von dem Reich zu lösen, und seinen Gedanken, und bei der dann auch die Kommunisten mitwirken sollten (Beifall bei den Regierungsmitgliedern) die Rede.

Verbunden mit der Beratung wird außer dem billigen Antrag gegen den Außenminister ein weiterer billiger Antrag, der die Regierung auffordert, für die Aufrechterhaltung der Reichsregierung zu sorgen, daß die Reichsregierung sich nicht der Verantwortung entziehen und pflichttreue Beamte dafür in die Reihe geschickt werden.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

wird auch die einmalige Gewährung einer Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark in Betracht gezogen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Herr (Soz.) beantragt, den Rückgang zum Grundbesitz in den Volkswirtschaften um 12% auf 30 Prozent zu erhöhen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine einmalige Wirtschaftskreditlinie von 1000 Mark zu bewilligen. Die Wirtschaftsminister von Schleier stellt fest, daß die Frage der Vermögensbeurteilung die größte Sorge der Regierung ist.

Welt

Mittel

Der am 1. August in London abgehaltene Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder hat die neue Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit bezeichnet.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Konferenz hat beschlossen, die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen und die Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit zu bezeichnen.

Die Drei vom Jägerhaus

Roman von Friedrich Klipp.

Der Schimmel hielt und Paul Graf sprach mit einem schalkigen Sprung auf das Gesicht zu Seiten der Schwärze. „Wohin auf wieder den Hunden gefahrt?“ begann sie zu plaudern. „Ist ja auch schöner bei uns hier draußen als bei euch. Wo ist denn die Schwärze? Wo ist denn die Schwärze?“

Schimmel sah sie ihm voll ins Gesicht. Aber dann suchte plötzlich ein heimliches Lächeln über ihre Lippen, und ein wenig verändert fuhr sie fort. „Wenn Sie mit durchsams etwas am Anderen geben wollen, dann tun Sie es nur.“

„Auch nichts das angehen, was in ihm steckt. Mit der Natur ist im Grunde das gleiche. Sie sind nicht anders als alle anderen auch als nach einem angenehmen Juristen.“

Der am 1. August in London abgehaltene Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder hat die neue Weltwirtschaftskrise als die größte Gefahr der Menschheit bezeichnet.

Berliner Schul- und Marktber.

Am meisten Verkauf der Börse wurde beobachtet, daß der Export in England bedauerlich bemessen ist, indem die Jüden...

beränderte Kriegsanleihe 200. Pfandbriefe haben weiter nach, während Eisenbahnleihen eine geringe Erholung zeigen...

Leipzig, 31. Juni. (Preisbericht.) Sanja Lloyd 85; Baumgarten 68; Braun 60; Stricker 101; Hfa 60...

Der Export der Börse stellen sich nach den vorangehenden Nachrichten folgende Besondere Bedingungen...

berühmter Kaiser stellte sich zu lassen. Der Konstant bester feiner Schokolade...

Table with columns for 'Kurs', 'Waren', and 'Preis'. Lists various commodities and their market prices.

Druck und Verlag von Otto Zitzler. Leiter der Redaktion: Max Weinmann.

Berliner Börse vom 31. Juli 1925

Main market data table with multiple columns for different stock and bond categories, including 'Kurs', 'Waren', and 'Preis'.

Variable Kurse

Table listing variable exchange rates for various locations like London, Paris, and others.

Weitere Berliner Kurse

Table listing additional Berlin market prices for various goods and services.

Devisen-Kurse der Börse zu Berlin (in R.M.)

Table listing exchange rates for various foreign currencies like Dollar, Pound, etc.

Weitere Berliner Kurse

Large table listing a wide variety of Berlin market prices, including different types of goods and services.